

Beiträge zum  
Widerstand 1933–1945

**BERLIN**

**34**

---

Walter Grab

Die jüdische Antwort  
auf den Zusammenbruch  
der deutschen Demokratie 1933

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30  
1. Auflage 1988

Redaktion: Nicolaus Starost

Druck: Wilhelm Möller GmbH, 1000 Berlin 28

ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt

WALTER GRAB, TEL AVIV

## Die jüdische Antwort auf den Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933\*

Bevor ich auf die Situation und die Reaktionsmöglichkeiten der deutschen Juden beim Zusammenbruch der Weimarer Republik eingehe, ist eine Begriffsbestimmung erforderlich. Unter Juden sind in der folgenden Darstellung nicht nur jene gemeint, die die in der Bibel vorgeschriebenen Speisegesetze und die Heiligung des Sabbath befolgen, und auch nicht nur jene, die zwar keine Ritualgesetze mehr einhalten, aber doch noch der jüdischen Glaubensgemeinschaft und Kultusgemeinde angehören, sondern vielmehr alle, die von der Umwelt als Juden angesehen wurden, auch wenn sie sich längst als Deutsche empfanden. Nur diese Definition ermöglicht es, die Bedrohung durch den rassistisch begründeten Antisemitismus richtig zu beurteilen und die Reaktionen der Judenheit beim Zusammenbruch der Weimarer Republik zu verstehen. Damals lebten etwa ein halbe Million Menschen in Deutschland, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten. Dies war 0,8% der Gesamtbevölkerung.

Der Untergang des deutschen Judentums ist nur verständlich, wenn man die besondere Art der jüdischen Emanzipation in Deutschland kennt. Ein kurzer Rückblick ist daher vonnöten.

Die Lockerung und Befreiung der Fesseln, die die ständische Feudalordnung den Juden aufgebürdet hatte, war in Deutschland ein langwieriger Prozeß, der sich zwei Generationen lang, von den achtziger Jahren des 18. bis zu den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts hinzog. Es erhebt sich die Frage, weshalb die Eingliederung der Juden in die deutsche Gesellschaft so mühselig war, häufig Rückschläge erlitt und schließlich scheiterte. Als Erklärung ist auf einen entscheidenden Unterschied zwischen der Entwicklung in Deutschland einerseits und jenen Ländern andererseits hinzuweisen, in denen bürgerliche Freiheitskämpfer, von den Volksmassen unterstützt, in früheren Jahrhunderten die traditionellen Gewalthaber stürzten und damit ihre nationalen Probleme im progressiven Sinne lösten. In den Niederlanden, in England, den Vereinigten Staaten und in Frankreich proklamierten die Revolutionäre den Widerstand gegen die altergebrachte Obrigkeit als legitim, griffen zu den Waffen und beschritten nach ihrem Sieg einen Weg, der zu parlamentarischer Demokratie führte. Diese Umwälzungen eröffneten der gesamten Bevölkerung – und daher auch den Juden – vorwärtsweisende und zukunftssträchtige Perspektiven und beschleunigten die in der Konkurrenzgesellschaft notwendige sozia-

---

\* Überarbeiteter Text des am 23. März 1988 gehaltenen Vortrages in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

le Mobilität. Infolge der Demokratisierung dieser Staaten erhielten die Juden volle staatsbürgerliche Rechte und vermochten sich gesellschaftlich zu integrieren.

In Deutschland hingegen kam es zu keiner erfolgreichen Selbstbefreiung von den traditionellen Machträgern; dem Bürgertum gelang es in der Revolution von 1848 nicht, die Fesseln der Privilegienordnung aus eigener Kraft zu sprengen. Infolge der Niederlage der Revolution wurde die in der Paulskirchenverfassung verankerte politische und rechtliche Gleichstellung der Juden nicht verwirklicht; die triumphierenden Restaurationsgewalten waren an einer vollen Emanzipation der Juden nicht interessiert. Den Juden wurde auch von wohlwollenden Vertretern der deutschen Umwelt nur als Privatpersonen Bürgerrechte zugestanden; von keiner deutschen Institution wurde jedoch das Judentum als vollberechtigte und dem Christentum ebenbürtige Religion anerkannt. Waren die Juden im Vormärz meist noch traditionsgebunden gewesen, so entwickelten sie sich seit der Jahrhundertmitte zu akkulturierten und säkularisierten Bürgern jüdischer Konfession, die an die Stelle biblischer Offenbarung die Schätze der klassischen deutschen Philosophie und Dichtung setzten. Die jüdische Berufsstruktur änderte sich schnell; das Bettel- und Hausierwesen verschwand, und ein relativ breiter jüdischer Mittelstand entstand. Die bereits akkulturierten Juden, die die orthodoxen Religionsgesetze nicht mehr befolgten, empfanden sich als Deutsche jüdischer Konfession. Sie hatten jedoch ihre Integration in die deutsche Gesellschaft in Wirklichkeit nicht erreicht, weil keine der maßgebenden politisch-ideologischen Richtungen ihnen **bedingungslos** volle Bürgerrechte zuzugestehen bereit war. Traditionsgebundene Protestanten und Katholiken fuhren fort, die Juden als Gottesmörder zu verabscheuen und zu verachten, während Konservative, die dem Christentum entfremdet waren, dem rassistischen Antisemitismus zuneigten, der die Juden als unassimilierbare Fremdkörper ansah und sie ihres **Menschentums zu berauben** suchte. Das liberale Bürgertum bejahte zwar die Notwendigkeit jüdischer Emanzipation, erwartete jedoch von den Juden das gänzliche Aufgehen im Deutschtum, also den Verzicht ihres Kollektibewußtseins und ihrer kulturellen Traditionen, um in jeder Hinsicht als gleichberechtigte und gleichwertige Mitglieder der deutschen Gesellschaft gelten zu können.

Die kurze Zeit, in der die Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus und im österreichischen Reichsrat über Mehrheiten verfügten, brachte den Prozeß der rechtlichen Gleichstellung der Juden zu einem vorläufigen Abschluß; im Dezember 1867 hob die neue dualistische Verfassung Österreich-Ungarns, anderthalb Jahre später das Parlament des Norddeutschen Bundes alle noch bestehenden Beschränkungen auf. Als im Jahre 1871 die jüdische Gleichberechtigung auch in der Verfassung des unter preußischer Ägide stehenden neuen Deutschen Reiches verankert wurde, schien die Lösung der Judenfrage erreicht.

Dies war jedoch eine Illusion. Denn die Emanzipation der deutschen und österreichischen Juden war ja kein Ergebnis des revolutionären Erbes

von 1848; das Gleichberechtigungsgesetz war kein Beschluß eines souveränen Volkes, das eine demokratische Neuordnung im Kampf gegen die alten Gewalthaber erfolgreich durchgesetzt hatte. Vielmehr erhielten die Juden erst staatsbürgerliche Rechtsgleichheit, nachdem die Liberalen ihren Frieden mit den traditionellen Obrigkeiten gemacht und ins Regierungslager übergegangen waren. Die konservativen Machsträger neigten grundsätzlich dazu, alle politischen Freiheitsrechte, also auch die Judenemanzipation, als staatliche Konzessionen mit Vorbehalt des Widerrufs zu betrachten. Sie gewährten nur den christlichen Konfessionen Anspruch auf Staatsmittel, führten keine durchgreifende Trennung des Staates von der Kirche durch und billigten mithin dem Judentum nur den Rang einer geduldeten, nicht aber einer gleichberechtigten Religion zu. Da die Judenemanzipation ein Torso blieb, befanden sich die Juden während des Kaiserreichs in einer merkwürdigen Zwitterstellung. Sie waren de iure gleichberechtigt und fühlten sich selbst als Deutsche, waren jedoch de facto Bürger zweiten Ranges und wurden von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung nicht als gleichwertig angesehen. Die konservativen Obrigkeiten, die den Staat als „christlich“ definierten, gestanden den Juden keine „hoheitlichen Funktionen“ zu und hielten sie von der Verwaltung, der militärischen und diplomatischen Laufbahn, den Universitäten und dem Justizwesen fern; ihre Emanzipation, die von oben aus Gründen der Staatsräson gnädig gewährt worden war, stand stets unter der Drohung der Revision.

Die deutschen Juden konnten ihre geistige und politische Heimat nur in Parteien finden, die auf Veränderung drängten und am Abbau obrigkeitlicher Bevormundung interessiert waren. Dies bedeutete, daß die Sozialdemokratie im Zeitalter der Industrialisierung die Interessen der Judenheit objektiv am konsequentesten vertrat, obwohl die meisten Juden den Idealen des bürgerlichen Liberalismus verhaftet blieben.

Bei der tiefen Wirtschaftskrise, die nach dem „Gründerrausch“ 1873 mit einem Börsenkrach begann und zahllose Existenzen vernichtete, mußten die herrschenden Gewalten Sündenböcke finden, um den Vormarsch der organisierten Arbeiterbewegung zu hemmen und die Proletarier-Massen irrezuführen. Es war keinesfalls ein Zufall, daß das Sozialistengesetz von 1878 mit dem Beginn einer wüsten antisemitischen Hetze zusammenfiel. Chauvinistische Überheblichkeit, Angriffe gegen Träger demokratischen und sozialistischen Ideenguts, Verachtung aller „Fremdstämmigen“ — diese Gesinnungen wurden von zahlreichen Angehörigen der intellektuellen Elite als salonfähig betrachtet und erstickten das humanitäre Erbe der Aufklärung, aus dem sich die Judenemanzipation speiste.

Der rassistische Antisemitismus, der die Judenfeindschaft zu einer „Weltanschauung“ erhob, richtete sich gegen ein bereits emanzipiertes und rechtlich gleichgestelltes Judentum, das in seiner überwiegenden Mehrheit sich in der deutschen Umwelt zu integrieren wünschte. Im Jahre 1893, als 16 antisemitische Abgeordnete in den Reichstag einzogen, wurde der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ gegründet,

der gegen die Diskriminierung von Juden im öffentlichen Leben kämpfte und den Transformationsprozeß des Judentums, also die Anpassung an nichtjüdische Standards, Normen und Kulturwerte zu erleichtern und zu beschleunigen suchte. Die Wortführer der jüdischen Organisationen betonten immer wieder, daß sie sich als Teil der deutschen Gesellschaft ansahen und in deren Rahmen ihre Ziele durchsetzen wollten. Demzufolge gehörte auch ein nicht geringer Teil des Judentums zu den begeistertsten Hurra-Patrioten und Anhängern Wilhelms II.; zweifellos spielte auch der Gedanke eine Rolle, durch besonders stramme nationale Haltung den Beweis der Verlässlichkeit und der Gesinnungstreue zu liefern.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, hoffte die große Mehrheit der deutschen Juden durch die Betonung ihrer patriotischen Gesinnung die letzten Hindernisse auf dem Weg der Eingliederung in die Gesellschaft des Kaiserreichs zu überwinden. Der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ rief seine Mitglieder auf, sich als Kriegsfreiwillige zu melden. Die Hoffnung, dadurch die gesellschaftliche Stellung des Judentums zu festigen, erfüllte sich jedoch nicht. Auf antisemitischen Druck führte das preußische Kriegsministerium im Dezember 1916 eine „Juden-zählung“ durch, um den Anteil der Juden in den Front-Truppen nachzuprüfen. Die Ergebnisse dieser Zählung wurden niemals veröffentlicht, so daß antisemitische Agitatoren weiterhin das Märchen verbreiten konnten, daß junge Juden sich vom Heeresdienst drückten, während die deutsche Jugend tapfer auf dem Schlachtfeld kämpfte. In Wirklichkeit gab es relativ mehr jüdische Freiwillige als es dem prozentualen Anteil der Juden entsprach. Spätere Statistiken ergaben, daß die Anzahl jüdischer Kriegsefallener 12 000 betrug. Über 2 % der jüdischen Bevölkerung opferten also ihr Leben für das Land, in dem sie von vielen als Menschen minderen Ranges betrachtet und gesellschaftlich ausgegrenzt wurden.

Nach dem Verschwinden des Kaiserreichs, als erstmals in der deutschen Geschichte eine parlamentarische Demokratie entstand, konnten Juden tatsächlich Positionen einnehmen, die ihnen zuvor vorenthalten worden waren. In der Regierung Scheidemann 1919 war der Jude Hugo Preuß, der die Weimarer Verfassung schuf, Innenminister, und der Jude Otto Landsberg Justizminister; unter dem Reichskanzler Joseph Wirth war 1921/22 der Jude Walther Rathenau Außenminister, und in der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller war sieben Jahre später der dem Judentum entstammende Rudolf Hilferding Finanzminister. Auch in verschiedenen Landesregierungen des Deutschen Reiches saßen, besonders zu Beginn der Republik, einige jüdische Minister. Im öffentlichen Dienst und an den Universitäten erlangten fähige Persönlichkeiten jüdischer Herkunft Positionen. Das deutsche Judentum befand sich also in der Weimarer Republik scheinbar auf dem Gipfel seiner Erfolge. In Wirklichkeit war es mehr gefährdet als jemals seit Beginn der Emanzipation: denn die Kriegs-Niederlage und die Ereignisse im November 1918 führten zu einer enormen Verschärfung des Antisemitismus. Nunmehr war die autoritäre Obrigkeit des von den alten Herrenschichten gelenkten patriarchalischen Kaiserstaats verschwunden, und die chauvinistischen Ras-

senhetzer, denen die liberale oder sozialistische Einstellung der meisten Juden von jeher ein Dorn im Auge war, konnten ihre Propaganda zügellos entfalten. Sie behaupteten, eine angebliche Verschwörung des internationalen Judentums habe den Kommunismus und Bolschewismus erfunden und die Novemberrevolution angezettelt, indem sie dem siegreichen deutschen Soldaten den „Dolch in den Rücken gestoßen“ habe. Die Antisemiten, die die Juden zu Sündenböcken für alle Mißstände machten, waren auch die wütendsten Feinde der Arbeiterbewegung. Es war paradox, daß die von der Sozialdemokratie stets angestrebte Beseitigung der Überreste der Feudalgesellschaft, also das Verschwinden des Adels als eines bevorrechteten Standes, nicht zu einer durchgreifenden gesellschaftlichen Demokratisierung, sondern zur Verstärkung des Antisemitismus führte. Die Judenfeindschaft vor dem ersten Weltkrieg war zwar virulent, aber doch nur eine Randerscheinung gewesen; erst nach dem Ende der Monarchie begann die militante Hetze, die von den wahren Schuldigen am Völkergemetzel ablenken sollte und die ohnehin schwache Weimarer Republik in ihren Grundfesten erschütterte.

Es bestand daher ein merkwürdiger dialektischer Widerspruch zwischen der Stellung der Juden vor und nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs: Die autoritäre Oberschicht hatte vor 1914 den Antisemitismus zwar zugelassen und als salonfähig betrachtet, aber seine brutalsten Auswüchse – Mordaufrufe und blutige Exzesse – nicht geduldet. Die republikanischen Regierungen nach 1918 erkannten die gänzliche Gleichberechtigung der Juden im politischen und gesellschaftlichen Bereich zwar an, unterließen es aber andererseits, gegen die völkischen Rassenantisemiten und ihre Mordhetze energische Schritte zu unternehmen.

Die meisten jüdischen Persönlichkeiten, die sich in der Weimarer Epoche als Politiker, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Schauspieler einen Namen machten, waren dem Judentum gänzlich entfremdet und fühlten sich als deutsche Staatsbürger. Lediglich die Abwehr antisemitischer Angriffe schuf einen Zusammenhalt zwischen den alteingesessenen deutschen und den während des ersten Weltkrieges nach Deutschland geflüchteten polnischen und russischen Juden. Als es im Jahre 1923 in Berlin zu einem Pogrom gegen die ostjüdischen Bewohner des „Scheunenviertels“ kam, war der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ maßgeblich bei der Organisation des jüdischen Selbstschutzes beteiligt. Der „Central-Verein“, der gegen die antisemitischen Pauschalvorwürfe Stellung nehmen mußte, organisierte bis zum Ende der Weimarer Republik Aufklärungsversammlungen und Schulungsabende zur Abwehr des Antisemitismus, in denen man die Geschichte und die soziale Rolle der Juden Deutschlands erläuterte. Dabei gingen die Organisatoren vom irrigen Glauben aus, daß man durch rationale Argumentation die Antisemiten bewegen könne, von ihrer Wahnvorstellung, die Juden seien Deutschlands Unglück, Abstand zu nehmen.

Die Verteidigung der jüdischen Positionen war mit der Verteidigung der Weimarer Republik unauflöslich verbunden. Der Wirbelsturm der Welt-

wirtschaftskrise, der im Herbst 1929 begann, erschütterte nicht nur die ohnehin schwache Demokratie, sondern untergrub und zerstörte die Existenz der deutschen Judenheit. Zwischen den Septemberwahlen 1930, als die Nazi­partei zu einer Massenbewegung anschwellte, und Hitlers Berufung zur Kanzlerschaft im Januar 1933 bieten die jüdischen Antworten auf die Herausforderung der Rassenhetzer ein uneinheitliches, zerfahrenes und verworrenes Bild. Die Repräsentanten der deutschen Judenheit, die während der kurzen Stabilisierung der Weimarer Republik in der Mitte der zwanziger Jahre ihre Positionen gesichert glaubten, vermochten keine klaren Richtlinien und Handlungsanweisungen auszuarbeiten. Es existierte keine geschlossene Front gegen den beispiellosen Ansturm der Antisemiten, ja nicht einmal eine jüdisch motivierte Solidarität – dazu waren die persönlichen, politischen und klassenmäßigen Gegensätze der deutschen Juden zu groß. Es gab auch kaum eine nichtjüdische größere Organisation, die den Kampf gegen die Judenhetzer energisch aufnahm. Der Schutz jüdischer Rechte erschien als undankbare und aussichtslose Aufgabe. In Frankreich hatten vierzig Jahre zuvor, auf dem Gipfel des Dreyfus-Prozesses, bedeutende Persönlichkeiten wie der Politiker Georges Clemenceau und der Schriftsteller Emile Zola Partei für die Juden ergriffen und die maßlose Hetze der Antisemiten in die Schranken gewiesen. In Deutschland gab es in der Krise der Weimarer Republik niemanden von ähnlichem Format, der den Nazis sein „J'accuse“ zugerufen hätte.

Die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei, der zahlreiche liberalgesinnte bürgerliche jüdische Intellektuelle und Unternehmer angehörten und die deshalb von den Antisemiten als „Judenschutztruppe“ verhöhnt wurde, distanzierte sich zwar von der anti­jüdischen Hetze, verlor jedoch während der Wirtschaftskrise ihre Mitglieder und sank zur Bedeutungslosigkeit herab; sie vollzog 1930 eine Wendung nach rechts, änderte den Namen in „Deutsche Staatspartei“, konnte aber bei den Wahlen 1932 nur ein einziges Prozent der Wählerschaft gewinnen. Die beiden großen Arbeiterparteien, die Sozialdemokraten und Kommunisten, bekämpften zwar die Rassenhaßparolen der Nazis, erfaßten aber in ihrem Vertrauen auf Argumente der Vernunft nur unzulänglich die Dynamik des Antisemitismus. Sie waren auch mit ihren Streitigkeiten untereinander so beschäftigt, daß die Judenfrage nur einen geringen Teil der Aufmerksamkeit auf sich zog. Die Mehrzahl der deutschen Juden war zu sehr den Vorstellungen des bürgerlichen Liberalismus verhaftet, als daß sie sich den Parteien des Proletariats angeschlossen hätte – obwohl zahlreiche Führer der Arbeiterparteien jüdischer Herkunft waren. Seit 1930 wählten allerdings viele Juden, die von der nachgiebigen Haltung der Liberalen enttäuscht waren, die Sozialdemokraten und in geringerem Maß auch die Kommunisten und die sozialistischen Splitterparteien. Aber auch SPD und KPD glaubten sich dem nationalistischen Zeitgeist anpassen zu müssen; sie machten zwar judenfeindlichen Tendenzen keine Konzessionen, bestritten aber die Hauptverantwortung Deutschlands für die Entfesselung des Weltkrieges und bekämpften den Versailler Friedensvertrag. Im



„Reichsbanner“, dem republikanischen und überparteilichen Kampfverband, der hauptsächlich aus Mitgliedern der Sozialdemokratie bestand, gab es noch am ehesten Versuche, die antisemitischen Angriffe der nazistischen Rassenhetzer abzuwehren; der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft“ unterstützte die Agitation des „Reichsbanners“, dem auch viele jüdische Jugendliche beitraten. In der letzten Phase der Republik wurde es eine wesentliche Aufgabe der jüdischen Abwehr, sich an allen Maßnahmen zum Schutze demokratischer Einrichtungen zu beteiligen. Die Mehrzahl der Juden benutzte alle Reichstags- und Landtagswahlen als Gelegenheit, um für die Erhaltung der Republik zu demonstrieren. Ein vom „Central-Verein“ errichtetes Spezialbüro für Anti-Nazipropaganda entfaltete eine fieberhafte Tätigkeit. Dieses Büro, das im Sommer 1929 in der Wilhelmstraße in Berlin unweit des Hauptquartiers der SPD und ihres Parteiorgans „Vorwärts“ errichtet wurde, bezeichnete sich zuerst als „Ausschuß für Volksaufklärung“ und später als „Deutscher Volksgemeinschaftsdienst“.

Dieses Propagandabüro, in dem der jüdische Widerstand gegen die antisemitische Hetze und die Gefahr einer Nazidiktatur am deutlichsten in Erscheinung trat, wurde vom Antifaschisten Walter Gyssling, der kein Jude war, gemeinsam mit Hans Reichmann, einem Aktivisten des „Central-Vereins“, geleitet. Sie legten ein Archiv an, das Material über die Naziführer und die verschiedenen Strömungen der Nazipartei und anderer völkischer und antisemitischer Organisationen enthielt und das zur Zeit seiner Liquidation über 200 000 Einzelstücke umfaßte. Zwei- bis dreimal wöchentlich, in Wahlzeiten fast täglich, veröffentlichte das Propagandabüro einen Pressedienst, der demokratischen Zeitungen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und politischen Versammlungsrednern von der rechts von der Mitte stehenden Deutschen Volkspartei bis zu den Kommunisten zuging. Außer diesem „Volksgemeinschaftsdienst“ ließ das Propagandabüro auch Flugblätter, Plakate und Anklebezettel drucken, die vom „Reichsbanner“, von der im Dezember 1931 gegründeten sozialdemokratischen „Eisernen Front“ und dem „Central-Verein“ verteilt wurden.

Die wichtigste Publikation dieses jüdischen und antifaschistischen Pressebüros war der „Anti-Nazi“, der drei Auflagen erlebte. Dieses Pressematerial und „Handbuch im Kampf gegen die NSDAP“, wie der Untertitel lautete, enthielt Informationen, die von abtrünnigen Nazis wie Otto Strasser sowie von Nationalisten wie Ernst Jünger und dem General Ludendorff herrührten. Ein Abschnitt des „Anti-Nazi“ beschäftigte sich mit der kriminellen Vergangenheit vieler Naziführer, zählte ausführlich ihre Vorstrafen auf und brandmarkte sie als Sadisten und Scharlatane, korrupte Politiker und Fememörder. Außerdem wies der „Anti-Nazi“ nach, daß die „Rassenlehre“ wissenschaftlich unhaltbar und der Sozialismus der NSDAP nur vorgespiegelt sei, daß die Nazis zwar vorgäben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit jedoch von der Großindustrie finanziell unterstützt würden, und daß viele bekannte Naziführer, die den Juden mangelnden Patriotismus vorwarfen, sich selbst vor dem Militärdienst ge-

drückt hatten. Obwohl das „Anti-Nazi“-Handbuch von den Parteien der Mitte und der Arbeiterbewegung oft benutzt wurde, gelang es seiner rationalen Argumentation nicht, bei der von den Naziparolen verwirrten und verhetzten Wählerschaft entscheidende Erfolge zu erzielen; es stellte sich heraus, daß die hemmungslose Lügenpropaganda von Goebbels, die an die irrationalen Impulse der verzweifelten Massen appellierte, die verstandesmäßigen Beweisführungen der antifaschistischen Autoren an Wirksamkeit übertraf. Das Anti-Nazi-Propagandabüro stellte nach dem Machtantritt Hitlers seine Tätigkeit ein; das wertvolle Spezialarchiv, für das man nirgends ein sicheres Versteck finden konnte, wurde im Frühjahr 1933 von einer Münchner Papierfabrik eingestampft.

Der jüdische „Central-Verein“ finanzierte nicht nur das Propagandabüro und seine Publikationen, sondern auch die seit dem 1. November 1929 erscheinende Zeitschrift „Alarm“, die vom ehemaligen Syndikus des Vereins, dem Journalisten Arthur Schweriner, redigiert wurde. Diese Zeitschrift erschien zunächst zweimal im Monat, vom Herbst 1931 an wöchentlich. Sie wurde von der „Eisernen Front“, der die Arbeitersportvereine, die Gewerkschaften und das „Reichsbanner“ angehörten, bei Umzügen und Massenkundgebungen regelmäßig verteilt. Schweriner war der Überzeugung, daß die Verteidigung der Demokratie und der Widerstand gegen die aufziehende Nazigefahr im gemeinsamen Interesse der Juden und der Arbeiterschaft liege und daß man die Nazis mit den eigenen Waffen schlagen könne und müsse. Der „Alarm“ war daher als aggressives Sensationsblatt aufgemacht und ahmte die Nazipresse nach. Derbe Zeichnungen und Karikaturen, die sich über die Naziführer lustig machten, Lieder und Spottverse füllten diese republikanische und antifaschistische Arbeiterzeitung, die gegen den Antisemitismus polemisierte und sich an die leicht beeinflussbaren und politisch irreführten Menschen aus den unteren Schichten wandte, die der Nazipropaganda zum Opfer fielen. Der „Alarm“ stellte im Februar 1933 sein Erscheinen ein; es gelang dem Redakteur Schweriner rechtzeitig, ins Ausland zu entkommen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es im Lebensinteresse der deutschen Juden lag, zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Sicherung ihres Fortbestandes gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften, insbesondere der sozialistischen Arbeiterschaft, gegen die überhandnehmende Gefahr einer Nazidiktatur zu kämpfen, solange noch Zeit war. Aber ebenso wie die deutsche Arbeiterbewegung wegen ihrer ideologischen Spaltung und Zerstrittenheit nicht imstande war, dem Ansturm der Nazis eine einheitliche Widerstandsfront entgegenzusetzen, bestanden auch bewußtseinsmäßige und psychologische Schranken, die es der deutschen Judenheit unmöglich machten, sich vorbehaltlos und ausschließlich auf die Seite der Arbeiterparteien zu stellen. Man darf nicht vergessen, daß die meisten Juden dem bürgerlichen Mittelstand angehörten und daß ihnen die Klassenkampfparolen der militanten Arbeiterschaft fremd waren. Allerdings gab es auch jüdische Kommunisten wie Otto Heller, der in seinem 1931 erschienenen Buch „Der Untergang des Judentums“ die

Lösung der Judenfrage durch Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion propagierte und die Errichtung einer proletarischen Diktatur in Deutschland vorschlug. Heller polemisierte nicht nur gegen die von Antisemiten behauptete angebliche Verschwörung der „Weisen von Zion“, die darin bestehe, daß die Juden die christliche Umwelt zu unterjochen und zu beherrschen trachteten, sondern auch gegen die nationaljüdische Bewegung, die er als „die Unweisen von Zion“ lächerlich zu machen suchte. Heller forderte die Juden auf, sich der kommunistischen Partei anzuschließen und gemeinsam die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu zerschlagen, die den Antisemitismus und die Ausbeutung hervorgebracht habe; er schilderte den Aufbau einer klassenlosen und glücklichen Gesellschaft, die er bei einer Reise in die Sowjetunion erblickt zu haben glaubte, in den leuchtendsten Farben.

Aber nur wenige Juden machten sich die Auffassungen Otto Hellers zu eigen, der übrigens den Nazis in die Hände fiel und im April 1945 im Konzentrationslager Mauthausen ermordet wurde. Nach verlässlichen Schätzungen stimmte nur etwa ein Prozent der jüdischen Wähler für die KPD. Allerdings war bis zur Führungsübernahme durch Ernst Thälmann im Jahre 1925 der Anteil von Juden in der Parteileitung erheblich. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die zu den Begründern der KPD gehört hatten, saßen zu Beginn der Weimarer Republik Kommunisten jüdischer Herkunft wie Paul Levi, Fritz Wolffheim, Iwan Katz, Werner Scholem, Ruth Fischer, August Thalheimer, Arthur Rosenberg und Heinz Neumann in den Führungsgremien der Partei. Später schaltete die KPD Juden aus taktischen Gründen mehr und mehr aus repräsentativen Positionen aus, weil sie nicht als „Judenschutzpartei“ bezeichnet werden wollte. Im Reichstag von Mai 1924 waren von 62 Kommunisten noch sechs jüdischer Herkunft; in dem im November 1932 gewählten Reichstag war unter 100 kommunistischen Abgeordneten kein einziger Jude.

Ebensowenig wie die Kommunisten vermochten auch die Zionisten vor der Machtübernahme durch die Nazis eine jüdische Massenbasis zu erlangen. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland beteiligte sich nicht am antifaschistischen Widerstand, weil sie die Betätigung von Juden am politischen Leben Deutschlands prinzipiell negierte. Am 12. September 1932 forderte ihr in Frankfurt zusammengetretener Delegiertentag, daß der Staat, in den die deutschen Juden „durch Recht und Schicksal“ eingegliedert seien, ihnen die „volle Gleichberechtigung“ und die „Freiheit der Entfaltung der eigenen Art“ gewähre.

Die Zionisten, die es ablehnten, sich um Stellen im Staatsdienst und in kulturellen Institutionen zu bewerben, distanzieren sich ausdrücklich vom Ideengut des deutschen Nationalismus, weil „zu dessen Grundlagen die Überzeugung von der Minderwertigkeit anderer nationaler Gruppen“ gehöre; dennoch bewies der führende Zionist Robert Weitsch unfreiwillig in seinem 1932 erschienenen Aufsatz „Judenfrage und Zionismus“, wie sehr er von der rassistischen Terminologie angesteckt war. Dort heißt es:

„Der Zionismus ... appelliert an das Verständnis und die Hilfe der Völker, die selbst unter der Judenfrage leiden ... Sein Gefühl für eigenes Volkstum, für den unersetzbaren Wert der das tiefste Wesen bestimmenden Blutsgemeinschaft mit ihren Imponderabilien befähigen gerade den national denkenden Juden zum Verständnis für echtes nationales Empfinden überhaupt.“

Diesen Ansichten diametral entgegengesetzt und doch merkwürdig ähnlich war die politische Haltung Max Naumanns. Als Führer einer Gruppe „nationaldeutscher Juden“ vertrat er eine ultrarechte Position und war vehementer Gegner sowohl der Kommunisten als auch der Zionisten. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 betrieb er Propaganda für Hitler. Er meinte, daß „die nationalsozialistische Bewegung einen Weg“ bahne, „der zu einer Wiedergeburt des Deutschtums, zu einer Zurückeroberung des deutschen Ansehens führen soll“ und daß „diese Abkehr von dem ‚Freiheits‘- und Brüderlichkeitswahn der Umsturzeit nicht mit Ghettowitzen abzutun“ sei. Nur ein Narr könne glauben, daß man die Judenfrage durch Auswanderung lösen könne; im künftigen Deutschland werde es weder Arier noch Juden, sondern nur „Nationaldeutsche, gleichviel welchen Stammes und Glaubens“ geben.

Ähnliche Auffassungen wie Naumann vertrat der im Februar 1933 gebildete „Deutsche Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden“, der von dem damals 24jährigen Hans Joachim Schoeps angeführt wurde. Er machte sich nicht nur die **Terminologie** der Nazis wie der Zionist Weltsch, sondern auch ihre **Ideologie** zu eigen und stellte in einer programmatischen Erklärung im Oktober 1933, ein Dreivierteljahr nach dem Machtantritt Hitlers fest: „(Es) konnte der in seinen Gefäßen und Organen durch und durch erkrankte Volkskörper nur noch durch eine Radikalkur, durch eine Erneuerung der Säfte, vom Zerfall bewahrt werden. Der Nationalsozialismus rettet Deutschland vor dem Untergang; Deutschland erlebt heute seine völkische Erneuerung. Zu ihr gehört, daß die nationale Revolution um der Wahrung des bedrohten Volkskörpers willen auch das biologische Thema angeschlagen hat und damit auf die Elementarböden von Blut und Rasse zurückgreifen mußte.“ Schoeps polemisierte heftig gegen die ostjüdischen Einwanderer, die während des Weltkrieges nach Deutschland geflüchtet waren, und forderte „Beschleunigung der unbedingt notwendigen Trennung von deutschen und undeutschen Juden sowie Erfassung aller deutschbewußten Juden unter einheitlicher autoritärer Führung bei möglicher Umgehung der alten Organisationen“. Der „Deutsche Vortrupp“ von Schoeps, der einige hundert Mitglieder zählte, bestand bis zu den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935. Schoeps wanderte nach dem Pogrom vom November 1938 nach Schweden aus.

Diese kurz skizzierten Antworten von Kommunisten, Zionisten und „Nationaldeutschen“ Juden auf den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie waren für die überwiegende Mehrheit des deutschen Judentums nicht charakteristisch. Mindestens 85 % der jüdischen Bevölkerung waren Anhänger des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glau-

bens“, der zu seiner Blütezeit etwa 70 000 Mitglieder zählte und die humanistischen Ideale des bürgerlichen Liberalismus als die höchste Form patriotischer Gesinnung ansah. „Wir sind Deutsche und lassen uns von niemandem, Juden oder Nichtjuden, unser deutsches Heimatrecht und Heimerlebnis rauben“ hieß es im Februar 1931 in der Monatsausgabe der C.V.-Zeitung. Der Central-Verein, der das Judentum nicht als Nation, sondern lediglich als Konfession, als Glaubensbekenntnis betrachtete, betonte bei jeder Gelegenheit, daß sich die Juden als Deutsche empfänden und in ihrer Vaterlandsliebe niemandem nachstünden. Auf einer Versammlung im Juni 1930 rief Alfred Wiener, Syndikus des Central-Vereins, aus: „Gäbe es einen Nobelpreis für deutsche Gesinnung, die deutschen Juden würden ihn gewinnen!“

Diese Auffassung blieb nicht auf Juden beschränkt, die die Religionsgesetze nicht mehr beachteten und den Tempel nur selten besuchten. Auch die Mehrzahl der religiös gebundenen Juden dachte nicht anders. Der Stuttgarter Rabbiner Paul Rieger betonte, daß die jahrhundertelange Bodenständigkeit einen Typ des Juden hervorgebracht habe, der „deutsch durch sein Heimerlebnis“ sei. In seinem Buch „Vom Heimatrecht der deutschen Juden“, dessen vierte Auflage 1930 erschien, sagte er: „Die jüdischen Deutschen bilden eine geschichtliche Gemeinschaft von eigener sozialer Struktur mit starken religiösen Überlieferungen im deutschen Volke. Diese Eigenart beeinträchtigt aber ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volke in keinem Teile. Sie entfremdet den Juden dem Deutschen ebensowenig wie etwa die Verschiedenheit, die den rheinischen Industriearbeiter vom niedersächsischen Bauern trennt.“

Auch zwei Jahre später, als die Nazipartei bereits zu einer Massenbewegung angewachsen und die Weimarer Republik in ihren Grundfesten erschüttert war, glaubten die liberal gesinnten deutschen Juden noch an die Beständigkeit ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft und konnten sich die Rücknahme der Emanzipation nicht vorstellen. Im März 1932 sagte die Rednerin Margarete Goldstein aus Darmstadt in einer Ansprache, die sie in der Synagoge in der Berliner Prinzregentenstraße hielt: „Uns deutschen Juden ist Deutschtum die Schicksalsgemeinschaft, in die wir seit Jahrhunderten auf Gedeih und Verderb mit dem deutschen Volke verflochten sind . . . Wenn wir das religiöse Heim neu erstehen lassen, erfüllt vom wahren Glauben, in dem wir religiöse Werte und edelste deutsche Werte pflegen und fördern, so wird unsere Jugend ihre Verbundenheit mit Heimat und Glauben neu beleben und befestigen. Heimat und Glauben sind in uns deutschen Juden zu unlösbarer Einheit verbunden.“

Ganz ähnliche Gedanken drückte auch der Sprecher der liberalen Fraktion in der Berliner Jüdischen Gemeinde, Bruno Woyda, in der Sitzung vom 16. Juni 1932 aus. Er sagte: „Wir bleiben Deutsche, weil wir es gar nicht anders können, selbst wenn wir es wollten. Wir sind deutsch in unserem Wesen, und wir sind deutsch in unserem Denken. Wir verzweifeln nicht ob des Heute, weil wir an das Morgen glauben . . . Wir glauben, daß

bei allen Auseinandersetzungen die Wahrheit und die Vernunft zuletzt doch siegen werden.“

Auch unmittelbar vor dem Machtantritt der Nazis existierte keine einzige Gruppierung unter den deutschen Juden, die eine klare Vorstellung besaß, was die Umwandlung Deutschlands in einen totalen „Rassestaat“ bedeuten würde. Alle waren der Ansicht, daß auch bei einem politischen Umsturz und einer Reichskanzlerschaft Hitlers die Lebensmöglichkeiten der Juden bestehen bleiben und ihnen Anerkennung der menschlichen Würde, Rechte einer nationalen Minderheit und Freiheit der Entwicklung zugestanden würden. Solange die Republik von Weimar bestand, blieb den Juden nichts anderes übrig, als trotz der irrationalen Welle des Judenthums, die das deutsche Volk überflutete, an die Kräfte der Vernunft und des Anstandes zu appellieren. Die jüdischen Organisationen versuchten bis zuletzt, der Kampfansage der Nazis zu begegnen und ihre staatsbürgerlichen Rechte zu verteidigen. Ihre Abwehrkampagne legt Zeugnis dafür ab, daß sich die deutschen Juden nicht ohne Widerstand ergeben haben.

Die Nazilegende von der jüdischen Weltverschwörung und ihr Diffamierungsfeldzug gegen militante Demokraten und Sozialisten waren eng miteinander verknüpft. Die Nazis forderten nicht nur die Rücknahme der Judenemanzipation und die Auslöschung der jüdischen Existenz, sondern suchten auch die sozialen Rechte, die die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in jahrzehntelangem Kampf errungen hatte, rückgängig zu machen. All dies war notwendig, um den Boden für einen zweiten Versuch der deutschen Nationalisten zur Entfesselung eines Krieges, zu einem „Griff nach der Weltmacht“ vorzubereiten. Die vom Rassenwahn befallenen Mörder konnten mit den Vernichtungsaktionen gegen die Juden erst beginnen, wenn zuvor die organisierten Arbeiterparteien vernichtet waren. Obwohl weder die KPD noch die SPD als sogenannte „Judenbeschützertruppe“ gelten wollten, wurden die Arbeiterparteien mit Recht von ihren Gegnern als Verteidiger der jüdischen Gleichberechtigung angesehen; denn die Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der demokratischen Gesellschaftsordnung und der brüderlichen Gleichberechtigung aller Völker lag sowohl im Lebensinteresse der Juden als auch der Arbeiterbewegung.

Die Ausschaltung der Kommunisten und der Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Leben, die Massenverhaftungen von proletarischen und bürgerlichen Demokraten, die Entrechtung und Einkerkering aller konsequenten Nazigegner waren also die Voraussetzungen der mörderischen „Endlösung der Judenfrage“. Es bestand ein immanenter Zusammenhang zwischen der **politischen** Liquidierung der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 und der **physischen** Liquidierung der Juden während des zweiten Weltkriegs. Die Versklavung der Arbeiter und die Vernichtung der Juden waren also zwei Seiten derselben Medaille.

Der deutsche Liberalismus, der in seiner Blütezeit die Gleichberechtigung der Juden befürwortete und zu ihrer verfassungsmäßigen Verankerung

beigetragen hatte, war in der Weimarer Republik zu schwach und unentschlossen, um den Wahnwitz der völkischen Rassenideologie wirksam zu bekämpfen; die Deutsche Staatspartei, die im letzten Reichstag noch vier Abgeordnete zählte, darunter der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, stimmte dem Ermächtigungsgesetz der Nazis am 23. März 1933 zu und verriet damit nicht nur die Juden, sondern auch die politischen Prinzipien des Liberalismus. Da die KPD damals bereits verboten war, widersetzen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten als einzige dem Ermächtigungsgesetz und damit der Abschaffung des Rechtsstaats. Aber sogar die SPD war in dieser letzten Phase der Weimarer Republik Kompromissen in der Judenfrage zugeneigt. Obwohl zahlreiche Arbeiterführer bereits emigriert oder eingekerkert waren, gab sich ein Teil des sozialdemokratischen Parteivorstandes der Illusion hin, die legale politische Arbeit auch im Nationalsozialistischen Staat fortsetzen zu können. Am 19. Juni 1933 fand in Berlin eine Sitzung der in Deutschland verbliebenen und noch nicht verhafteten Mitglieder des Parteivorstandes statt, auf welcher der Beschluß gefaßt wurde, mit der Führung der Geschäfte ein rein „arisch“ zusammengesetztes sechsköpfiges Direktorium zu beauftragen. Damit erhielt Ernst Heilmann, der jüdischer Herkunft war und von 1919 bis 1933 die sozialdemokratische Fraktion im preußischen Landtag geleitet hatte, einen Fußtritt von seinen Genossen. Die Nazis dachten nicht daran, diese Kriecherei zu honorieren, und verboten die Sozialdemokratische Partei drei Tage später, am 22. Juni 1933. Ich möchte erwähnen, daß Heilmann unmittelbar darauf verhaftet wurde. Er verbrachte sieben Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern, wurde mißhandelt und verstümmelt, von sadistischen Mordbuben in eine Hundehütte eingepfercht und 1940 umgebracht.

Ich fasse zusammen. Die Judenemanzipation in Deutschland scheiterte, weil sie nicht wie bei den westlichen Nationen von unten erkämpft, sondern von den traditionellen Obrigkeiten aus taktischem Kalkül und aus Staatsräson von oben zugestanden wurde. Alle Versuche der Juden, ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum durch betont patriotische Haltung zu beweisen, alle ihre Appelle an die Ideale der Aufklärung und Humanität blieben vergeblich. Die Arbeiterschaft, die im Kaiserreich ebenso wie die Juden von allen „staatstragenden“ Positionen ausgeschlossen war, vermochte es zu Beginn der Weimarer Republik nicht, die Feinde der Demokratie, die den Ersten Weltkrieg entfesselt hatten, aus ihren Machtpositionen zu verdrängen und einen durchgreifenden Wandel in der Gesellschaft und im öffentlichen Bewußtsein herbeizuführen. Auch am Ende der Weimarer Republik erwies sich die gespaltene Arbeiterbewegung als unfähig, den Nazis und ihren Helfershelfern den Weg zur Macht zu verlegen. Die deutschen Juden versuchten zwar, beim Zusammenbruch der Weimarer Republik Widerstand zu leisten, wurden jedoch die Opfer des Scheiterns der Demokratie in Deutschland. Es gelang den Feinden der Menschheit, die die Juden in den Gaskammern und Todeslagern vernichteten, auch das eigene Volk zur Schlachtbank zu treiben.

## **Zur Person:**

Prof. Walter Grab wurde 1919 in Wien geboren. 1938 Auswanderung nach Palästina/ Israel.

Studium der Geschichte und der politischen Philosophie an den Universitäten Jerusalem, Tel Aviv und Hamburg. 1965–1986 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Tel Aviv; seither emeritiert. 1971–1986 Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv.

**Spezialgebiet:** Demokratische Strömungen in Deutschland seit der Epoche der Französischen Revolution.

Veröffentlichungen: u. a. Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt 1985.

Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt, Weggefährte von Georg Büchner, Inspirator von Karl Marx, Büchergilde Gutenberg 1987.

## **Benutzte Literatur**

Walter Grab: Der preußisch-deutsche Weg der Judenemanzipation. In: Franz Bautz (Hrsg.): Geschichte der Juden. Von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart. C. H. Beck Verlag, München, 2. Aufl. 1987, S. 140–164.

Walter Grab: Leistung und Funktion jüdischer Intellektueller in Deutschland (1840–1933). In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 38. Jg., Heft 3, Köln 1986, S. 193–207.

Otto Heller: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus. Verlag für Literatur und Politik, Wien und Berlin 1931.

Kurt Löwenstein: Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie. In: Werner Mosse (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 2. Aufl. 1966, S. 349–403.

Horst Möller: Ernst Heilmann. Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik. In: Walter Grab (Hrsg.): Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Bd. 11, Tel Aviv 1982, S. 261–294.

Werner Mosse: Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden. In: Entscheidungsjahr 1932, S. 3–49.

Arnold Paucker: Der jüdische Abwehrkampf. In: Entscheidungsjahr 1932, S. 405–499.

Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn 1987.

Edmund Silberner: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983.